

Richtlinien und Verordnungen kommen

...von der Europäischen Union (EU) für alle Länder in der EU



Bildquelle: [www.bundesregierung.de](http://www.bundesregierung.de) von Colourbox/Salaverria

Gesetze und Vorschriften kommen

...aus dem Deutschen Bundestag für ganz Deutschland





Gesetze und Vorschriften kommen

**...aus den Landtagen für das jeweilige Bundesland**



Bildquelle: Landtag Sachsen-Anhalt

Satzungen und Vorschriften kommen

...von den Kommunalvertretungen (Rathäuser der Städte und Gemeinden, Kreisverwaltung etc.)  
für die Städte, Gemeinden und Landkreise



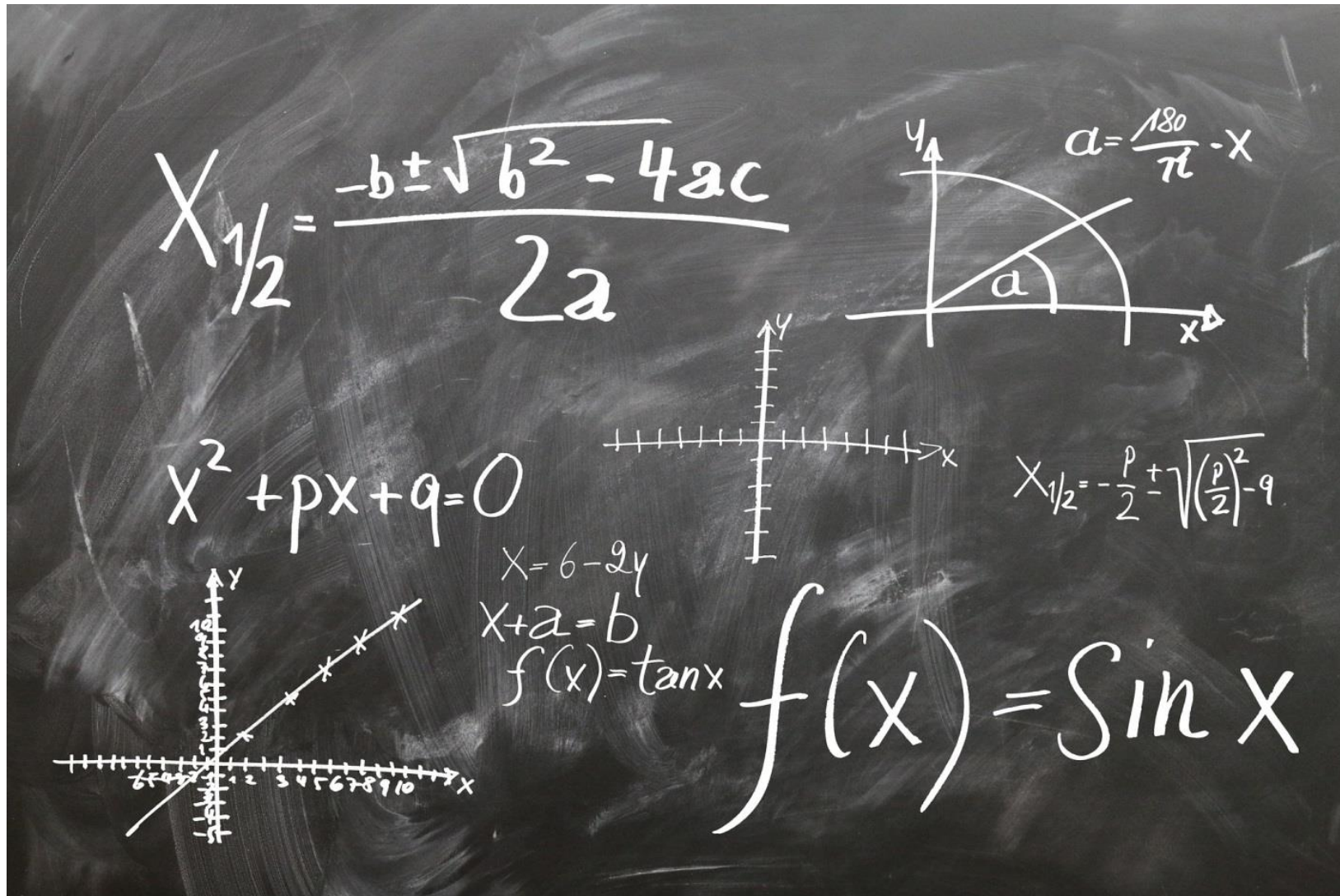
Bildquelle: Stadt Dessau-Roßlau



# Militär



## Bildung



## Wie man eine Partei gründet

**CVP**

**Christliche Volkspartei**

**APD**

**Arbeitnehmerpartei Deutschlands**

**PSG**

**Partei der sozialen Gerechtigkeit**



**Ökologisch-soziale Partei**



## Ladenschlussgesetze

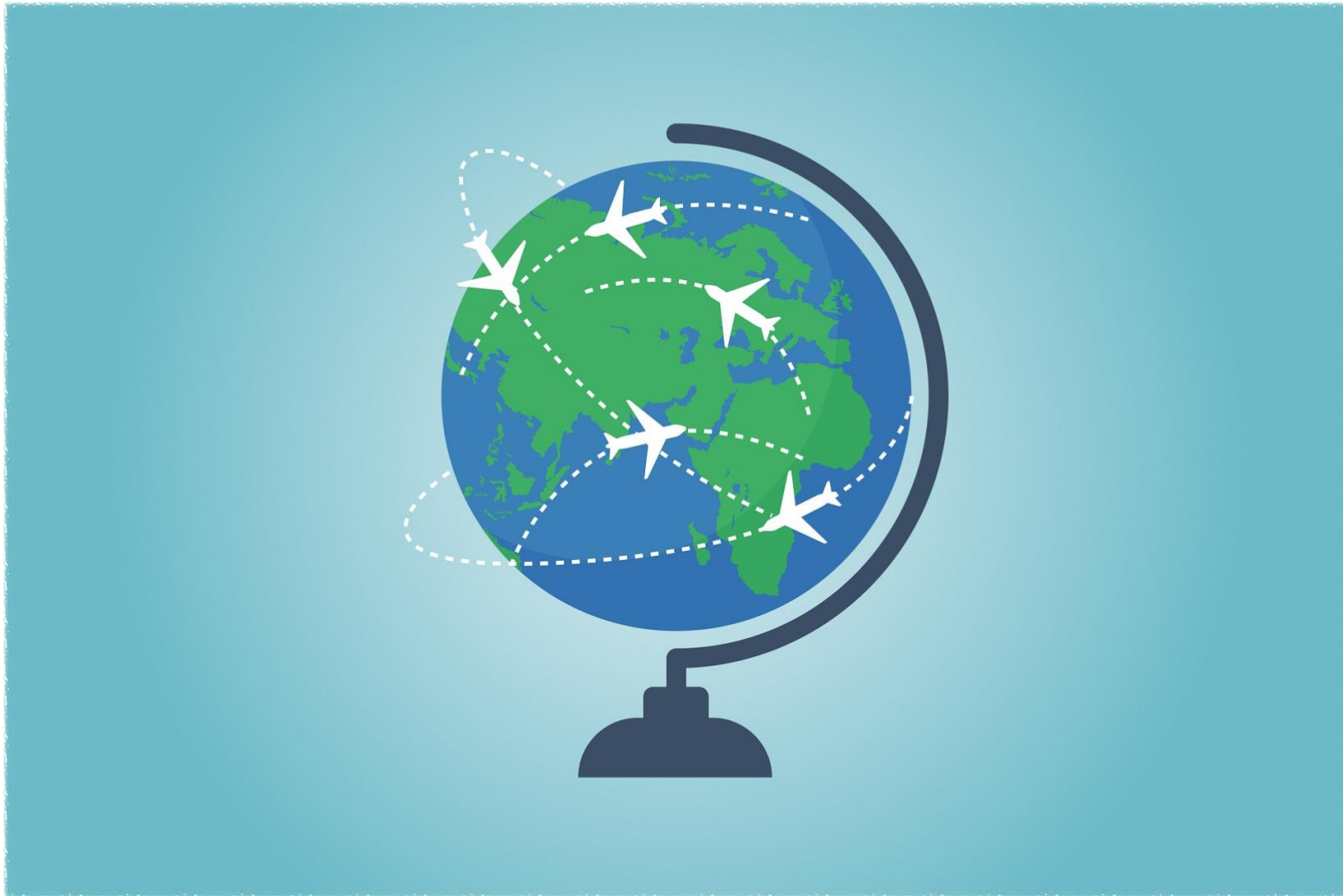




# Staatsangehörigkeit



## Ein- und Auswanderung

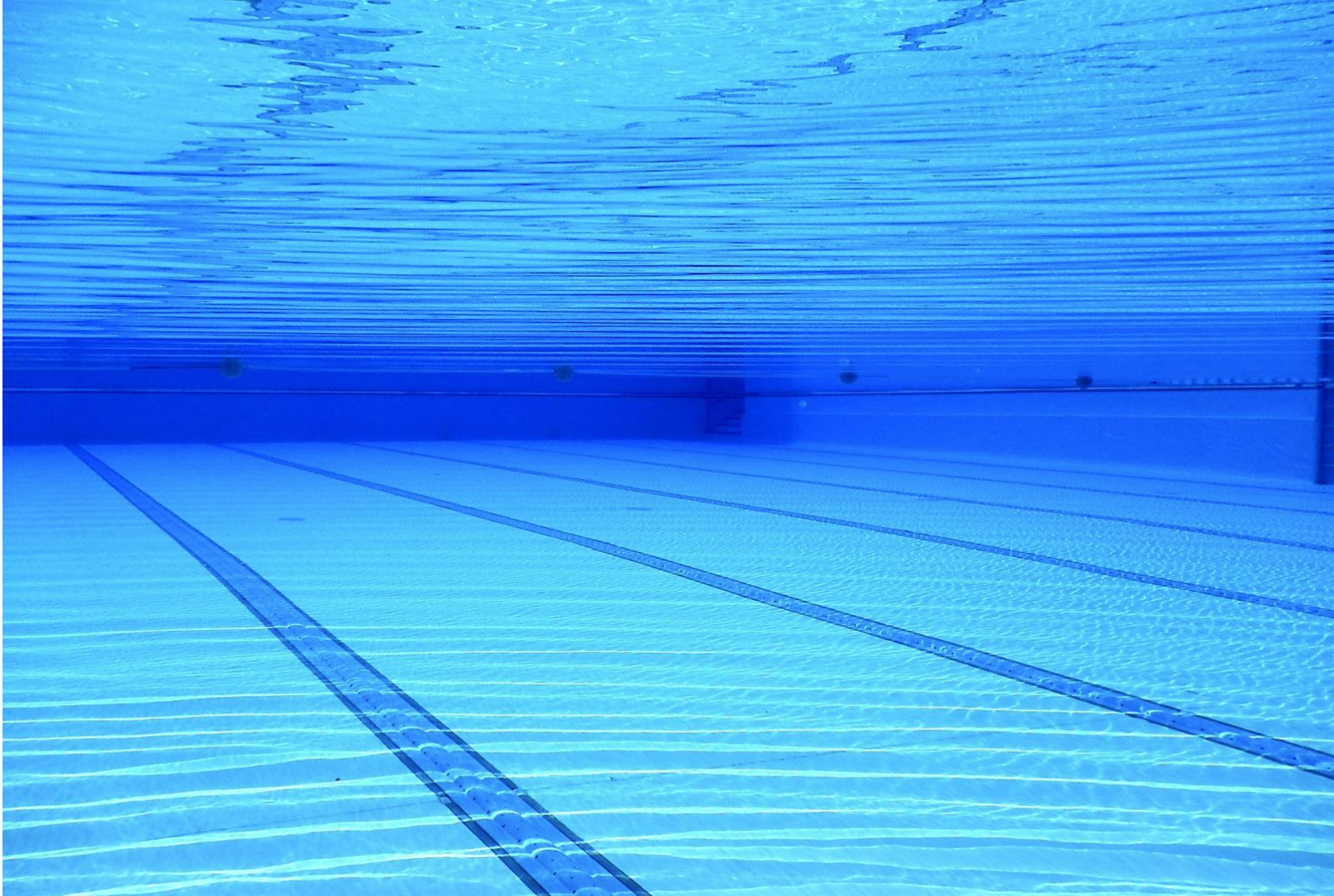




## Wann ein Dorf zur Stadt wird



## Sanierung des Schwimmbads





## Polizeiwesen



## Rundfunkrecht





## Hochsee- und Küstenschifffahrt



## Zollbestimmungen





## Eherecht, z. B. Gesetz über „Ehe für Alle“

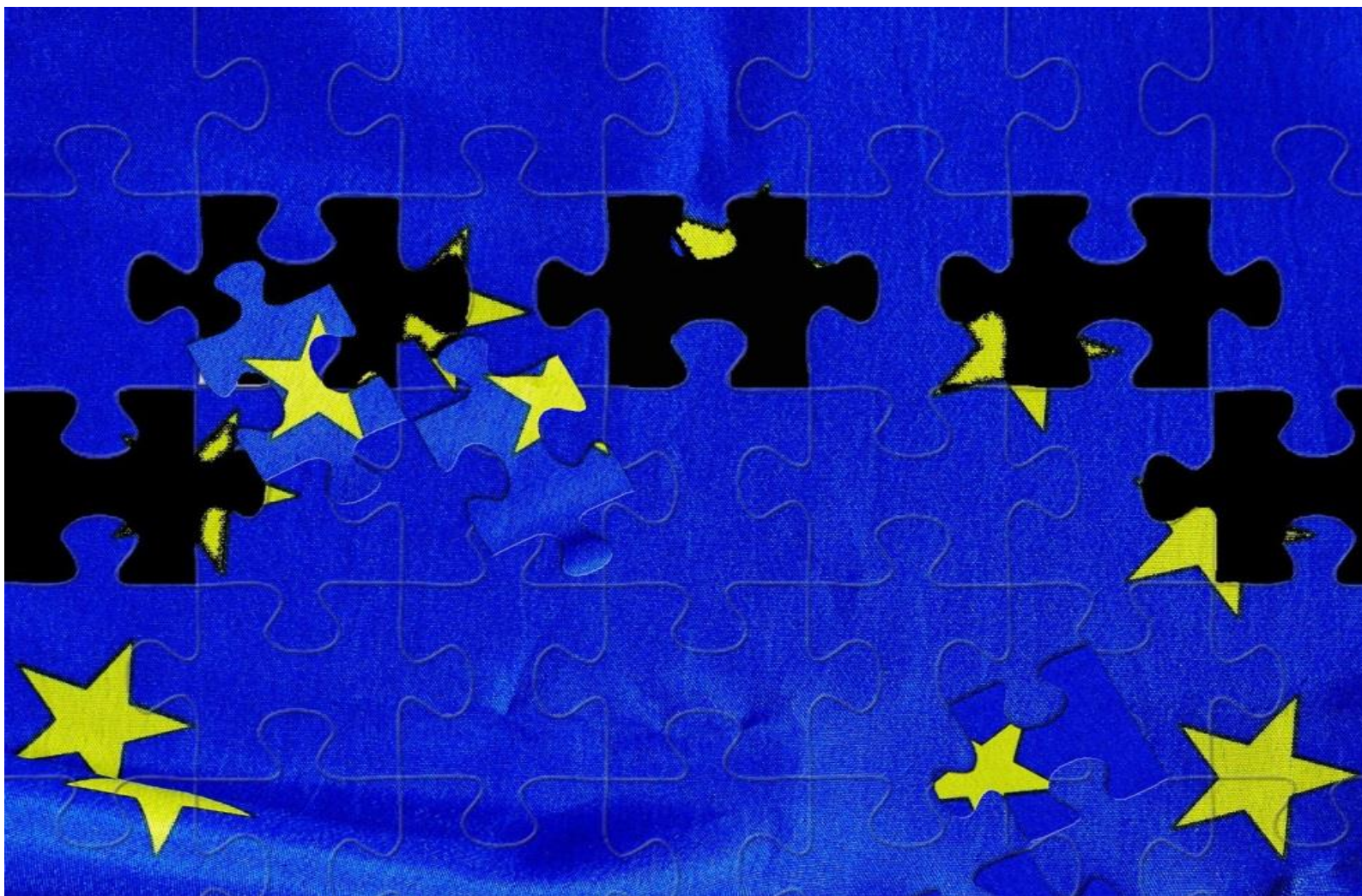


## Festsetzung der Volljährigkeit





## Beitritt von Mitgliedsstaaten in die EU

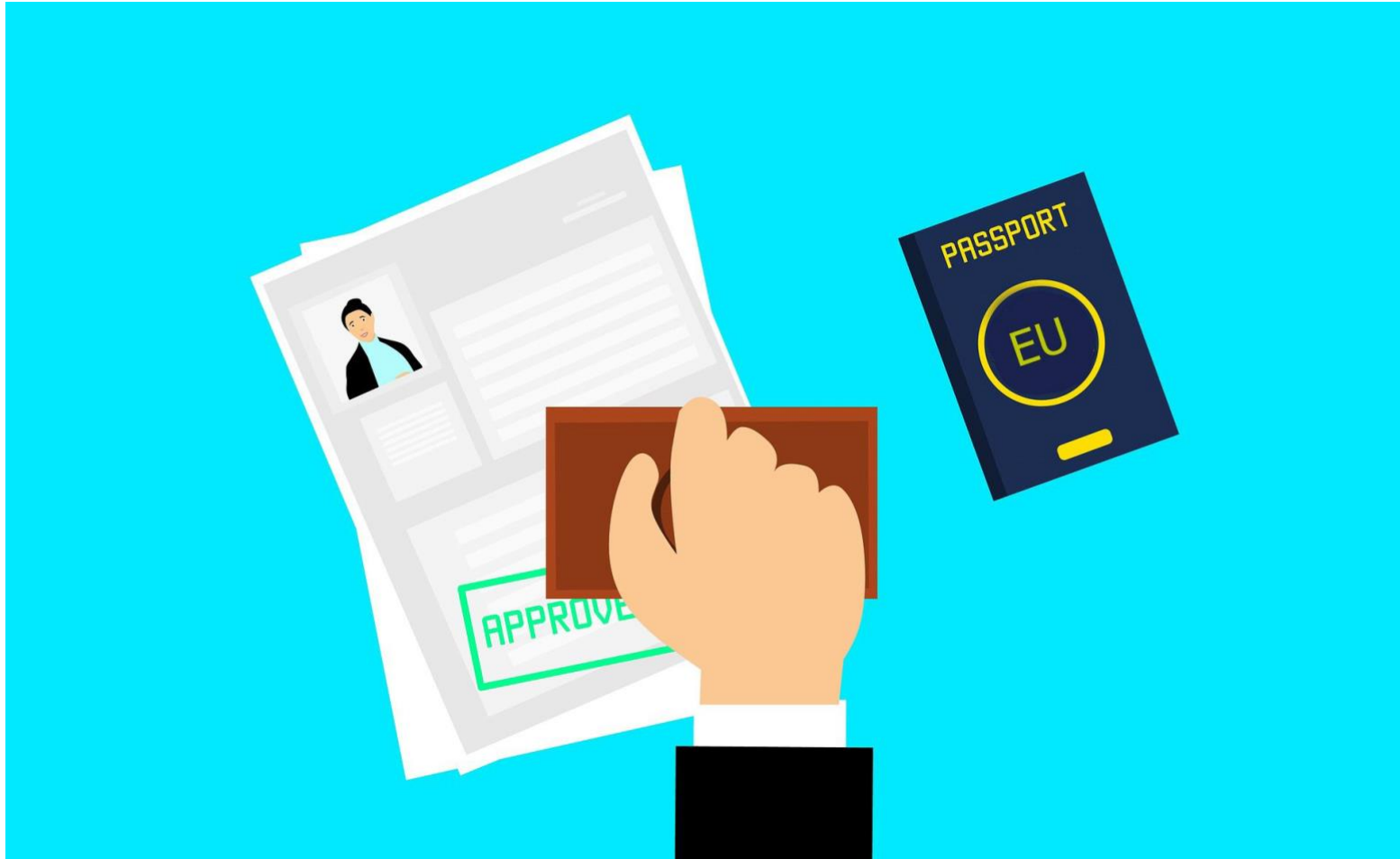


## Kein Verkauf von Backöfen mit hohem Stromverbrauch





## **Menschen dürfen auch in Polen, Schweden oder Spanien arbeiten, wenn sie dort eine Stelle finden**



## Wahlberechtigung bei Kommunalwahlen





## **Alle Arbeiter/innen müssen pro Tag elf zusammenhängende Stunden Ruhezeit haben**

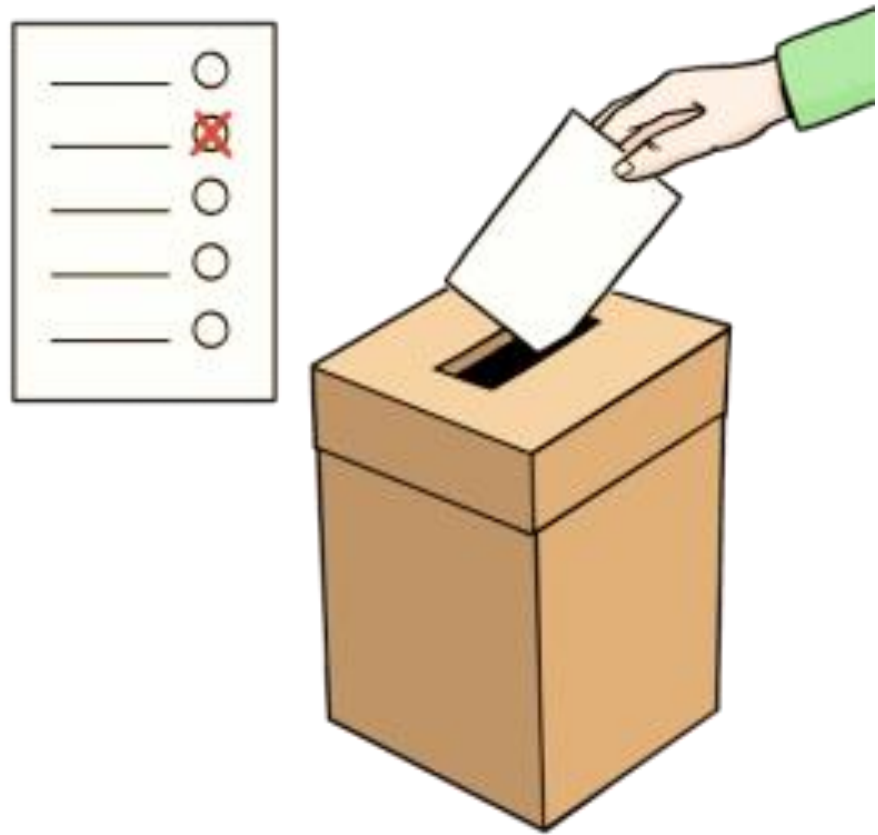


**Menschen dürfen wegen ihrer Religion, einer Behinderung, ihres Alters, ihres Geschlechts oder ihrer sexuellen Ausrichtung nicht unterschiedlich behandelt werden**





## Wahlberechtigung für die Landtagswahl



## Diäten (d.h. „Gehalt“) der Landtagsabgeordneten





## Instandhaltung von Friedhöfen





## Öffentlicher Personennahverkehr (z.B. Straßenbahnausbau, mehr Buslinien etc.)





## Lösungen mit Anmerkungen

EU	Bund	Länder	Kommune
<p><b>Beitritt von Mitgliedstaaten in die EU</b> (Vertrag über die Europäische Union Art. 49)</p>	<p><b>Militär</b> (GG Art. 73) Zusatzinfo: aber abhängig von Bündnissen, wie der NATO und UN-Mandaten für Einsätze</p>	<p><b>Polizeiwesen</b> (GG Art. 30 und 70) Zusatzinfo: mit Ausnahme des Bundeskriminalamtes und der Bundespolizei, die z.B. für Grenzschutz zuständig ist und der kommunalen Polizeibehörden (a.k.a. „Ordnungsamt“); beim Grenzschutz wiederum gibt es eine Zusammenarbeit durch FRONTEX; außerdem Kommunalpolizei/Stadtpolizei (meist sog. „Ordnungsamt“)</p>	<p><b>Sanierung eines Schwimmbads</b> (Freiwillige Selbstverwaltungsaufgabe)</p>
<p><b>Kein Verkauf von Backöfen mit hohem Stromverbrauch</b> (Delegierte Verordnung (EU) Nr. 65/2014 der Kommission vom 1. Oktober 2013 zur Ergänzung der Richtlinie 2010/30/EU)</p>	<p><b>Wie man eine Partei gründet</b> (GG Art. 21 und Parteiengesetz)</p>	<p><b>Kommunalrecht (z.B. wann wird ein Dorf zur Stadt?)</b> (GG Art. 30 und 70)</p>	<p><b>Instandhaltung von Friedhöfen</b> (Pflichtige Selbstverwaltungsaufgabe)</p>
<p><b>Menschen dürfen auch in Polen, Schweden oder Spanien arbeiten, wenn sie dort eine Stelle finden</b> (AEUV Art. 45)</p>	<p><b>Ein- und Auswanderung</b> (GG Art. 73) Zusatzinfo: aber Binnenraum EU &amp; Dublin-III-Verordnung Nr. 604/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013</p>	<p><b>Rundfunkrecht</b> (GG Art. 30 und 70) Zusatzinfo: Die Zuständigkeit des Bundes für die Telekommunikation aus Art. 73 Abs. 1 Nr. 7 GG betrifft nur die Übertragungstechnik ab Studioausgang</p>	<p><b>Öffentlicher Personennahverkehr (z.B. Straßenausbau, mehr Buslinien etc.)</b> (Freiwillige Selbstverwaltungsaufgabe) – Ausnahme als nichteinklagbare pflichtige Selbstverwaltungsaufgabe ist z. B. die Schülerbeförderung</p>

EU	Bund	Länder	Kommunen
	<p align="center"><b>Staatsangehörigkeit</b> (GG Art. 73)</p>	<p align="center"><b>Diäten (d.h. „Gehalt“) der Landtagsabgeordneten</b></p>	
<p align="center"><b>Zollbestimmungen</b></p> <p><b>Bund: Einheit des Zoll- und Handelsgebietes</b> (GG Art. 73)  <b>EU: Zollunion</b> (AEUV Art. 28)            Zusatzinfo: Ausnahmen auch innerhalb der EU: z.B. Versand von Alkohol/Tabakwaren</p>		<p align="center"><b>Bildung</b> (GG Art. 30 und Schulgesetze der Länder)            Zusatzinfo: aber Einfluss aller Bundesländer durch Abstimmungen der KMK und Bildungsfonds auf Bundesebene und im Studienbereich auch übernationale Zusammenarbeit (Bologna-Prozess)</p>	
<p><b>Menschen dürfen wegen ihrer Religion, einer Behinderung, ihres Alters, ihres Geschlechts oder ihrer sexuellen Ausrichtung nicht unterschiedlich behandelt werden</b> (u.a. AEUV Art. 19)            Zusatzinfo: Nichtdiskriminierung auch auf Bundesebene und in fast allen Ländern, wenngleich nicht immer in allen Bereichen und bezogen auf alle Kategorien.</p>	<p align="center"><b>Gesetz zur Einführung auf Eheschließung für Personen gleichen Geschlechts („Ehe für Alle“)</b>             Zusatzinfo: Seit 1.10.2017 in Kraft</p>	<p align="center"><b>Wahlberechtigung für Landtagswahl</b> (Landesverfassungen)</p>	



EU	Bund	Länder	Kommunen
<p><b>Jede/r Arbeiter/in muss pro Tag elf zusammenhängende Stunden Ruhezeit haben</b>            (Richtlinie 2003/88/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4. November 2003 Kapitel 2 Artikel 3)            Zusatzinfo: Arbeitsschutz auch auf Bundes- und Länderebene.</p>	<p><b>Festsetzung der Volljährigkeit</b>            (§2 BGB)</p>	<p><b>Ladenschlussgesetze</b>            (GG Art. 74 Abs. 11)</p>	
	<p><b>Hochsee- und Küstenschifffahrt</b>            (GG Art. 74 Abs. 21)</p>		
<p><b>Wahlberechtigung bei Kommunalwahlen</b>            (Richtlinie 94/80/EG des Rates vom 19. Dezember 1994 und GemO)            Zusatzinfo: EU-Richtlinie gibt vor, dass alle EU-Bürger/innen in der EU kommunal wählen können müssen → Das Land muss dieses Recht innerhalb seines Kommunalrechtes umsetzen.</p>		<p><b>Wahlberechtigung bei Kommunalwahlen</b>            (Richtlinie 94/80/EG des Rates vom 19. Dezember 1994 und GemO)            Zusatzinfo: EU-Richtlinie gibt vor, dass alle EU-Bürger/innen in der EU kommunal wählen können müssen → Das Land muss dieses Recht innerhalb seines Kommunalrechtes umsetzen.</p>	